

Nicht mehr als Bürde wahrnehmen

Zweisprachigkeit Der Kanton Bern muss seine Zweisprachigkeit besser nutzen: Das fordert eine Kommission unter der Leitung des Bieler Ständerats Hans Stöckli. Sie schlägt der Kantonsregierung diverse Massnahmen vor.

Lino Schaeren

Mehr als Chance und Potenzial begreifen denn als Last: Eine Expertenkommission rund um Präsident und Ständerat Hans Stöckli (SP) fordert den Berner Regierungsrat auf, die Zweisprachigkeit im Kanton besser zu nutzen. Der ehemalige Bieler Stadtpräsident Stöckli hat gestern in Bern einen entsprechenden Bericht präsentiert, der 46 empfohlene Massnahmen enthält.

Die nichtständige Expertenkommission wurde im Mai 2017 vom Regierungsrat eingesetzt. Sie ist Teil der Variante «Status Quo +» und damit des kantonalen Bestrebens, die Zweisprachigkeit im Kanton Bern zu fördern. Die Interjurassische Versammlung hatte bereits 2009 in ihrem Bericht zur Weiterentwicklung der interjurassischen Zusammenarbeit vorgeschlagen, entweder ein neues Gebilde mit dem Kanton Jura und dem Berner Jura zu schaffen – oder aber unter dem Überbegriff «Status Quo +» die Zweisprachigkeit das Sonderstatut des Berner

Juras auszubauen. Seit dem Nein zu einem neu zusammengesetzten Kanton in der Konsultativabstimmung im Jahr 2013 wird deshalb die Variante «Status Quo +» verfolgt.

Mehr Berne statt Bern?

Die Expertenkommission ortet nun noch viel Luft nach oben, wenn es um die Zweisprachigkeit im Kanton Bern geht. Hans Stöckli führte gestern aus, dass man dem Kanton einen Paradigmenwechsel vorschlage: Man müsse aufhören, die Zweisprachigkeit nur vor dem Hintergrund des Minderheitenschutzes, der Kosten oder der Komplikationen zu betrachten und sich stattdessen «proaktiv und offensiv» für sie einsetzen, so der Kommissionspräsident.

Tatsächlich hat eine Umfrage in allen fünf Berner Verwaltungsregionen gezeigt, dass die Zweisprachigkeit bereits heute als Bereicherung wahrgenommen wird – 69 Prozent der Befragten waren der Meinung, dass sie den Kanton attraktiver macht. Und trotzdem kommt die Kommission zum

Schluss, dass die Zweisprachigkeit allzu oft als Bürde angesehen werde. In den Regionen Berner Jura und Seeland hat die Umfrage denn auch ergeben, dass sich die Französischsprachigen nicht genügend berücksichtigt und vertreten fühlen.

Die Kommission hat im letzten Jahr verschiedenste Massnahmen zur Stärkung der Zweisprachigkeit diskutiert – und einige davon wieder verworfen. Drei davon haben trotzdem Eingang in den Bericht gefunden, weil sie zu wichtig seien, um nicht angesprochen zu werden. So wurde infrage gestellt, dass im Grossen Rat in den Debatten die «Herzessprache» Schweizerdeutsch statt Hochdeutsch gesprochen wird. Und die Kommission hat sich mit der Frage auseinandergesetzt, ob es für die französischsprachige Minderheit im Kanton nebst dem garantierten Sitz im Regierungsrat und den garantierten Sitzen im Kantonsparlament nicht auch einen garantierten Sitz im nationalen Parlament bräuchte. Hierzu gibt die Kommission aber ebenso keine Emp-

fehlung ab wie zur Frage, ob in der Hauptstadt Bern nicht nach dem Beispiel Biel alle Strassen und sonstigen Schilder in Deutsch und Französisch angeschrieben werden sollten. Hierzu hat aber laut Bericht der Berner Gemeinderat nicht Hand geboten.

«Grosse Befriedigung»

Dafür empfiehlt die Kommission der Kantonsregierung etliche andere Massnahmen, etwa die Ausarbeitung einer Zweisprachigkeitsstrategie, mit dem Ziel, dass sich alle Deutsch- und Französischsprachigen im Kanton wohlfühlten – und dass sich der Kanton Bern in Sachen Zweisprachigkeit national profilieren könne. Auch ein Zweisprachigkeitsgesetz schlägt die Kommission vor. Zudem empfiehlt sie dem Regierungsrat, einen kantonalen Zweisprachigkeits-Förderungsfonds zu schaffen, aus dem private und öffentliche Projekte zur Förderung der Zweisprachigkeit unterstützt würden. Die Kommission fordert zudem etwa eine bessere zweisprachige Kon-

zipierung der Kantons-Website oder einen obligatorischen Sprachaaustausch während der obligatorischen Schulzeit.

Dem Regierungsrat wird empfohlen, die Förderung der Zweisprachigkeit in die Richtlinien der Regierungspolitik 2019-2022 aufzunehmen. Vom Bericht habe der Regierungsrat Kenntnis genommen, sagte Vizestaatssekretär David Gaffino gestern in Bern. Derzeit werde eine Würdigung von diesem vorbereitet.

Erfreut über den Bericht zeigte sich in einer ersten Stellungnahme die Stadt Biel als grösste zweisprachige Gemeinde. Man unterstreiche die grosse Bedeutung und die Trümpfe der Zweisprachigkeit und appelliere an den Kanton, die nötigen Mittel für eine Stärkung bereitzustellen. Auch das Forum für die Zweisprachigkeit hielt fest, dass man den Bericht und die Massnahmen mit «grosser Befriedigung» begrüsse.

Den ganzen Bericht finden Sie unter

www.bielertagblatt.ch/bilingue